

**Abend Anlass mit der Paulus Akademie
7. Februar 2018, Zunfthaus zur Waag, Zürich**

**«ZU VIEL MORAL! GEFÄHRDET POLITISCHE KORREKTHEIT
DIE OFFENE GESELLSCHAFT?»**

Beitrag von Claudia Wirz, Publizistin, Zürich
(Schriftliche Fassung - es gilt das gesprochene Wort)

Die politische Korrektheit – eine Blütenlese

Eine Reise ins Reich der politischen Korrektheit ist ein bisschen wie ein Tauchgang im Roten Meer. Wohin man blickt ein buntes und üppiges Treiben, eine blühende und wimmelnde Artenvielfalt – nur eben leider nicht von allerlei Fischen und Korallen, sondern von Tabus und Denkverboten. Im Unterschied zu all dem Meeresgetier ist die politische Korrektheit leider auch alles andere als bedroht. Sie steht in voller Pracht. Und so sei hier eine kleine Blütenlese präsentiert.

Zuerst aber sei gesagt, dass die politische Korrektheit keineswegs nur negativ wäre. Sie ist ein steter Quell der Kreativität. Die Verletzung ihrer ungeschriebenen Gesetze bringt immer wieder Erfrischung in den langweiligen korrekten Diskurs. Als der bayerische Innenminister Joachim Herrmann im Jahr 2015 in einer Fernseh-Talkshow zur Flüchtlingspolitik bemerkte, der Schlagersänger Roberto Blanco sei immer „ein ganz wunderbarer Neger“ gewesen, war die Sensation gewiss. Endlich durfte man sich mal wieder so richtig empören. An den Rest der Sendung erinnert sich heute keiner mehr.

Der Schock über die verbale Ungeheuerlichkeit des Jahres stand den anderen Diskussionsteilnehmern ins Gesicht geschrieben und die öffentliche Entrüstung folgte mit einer Selbstverständlichkeit, als wäre sie bestellt gewesen. Neun Monate später dann ein weiterer Höhepunkt in dieser Saga: Ein Karlsruher Gericht entschied, dass es in diesem Fall ein Recht auf Retourkutsche gibt. Das heisst, es ist rechtens und straffrei, den unkorrekten Innenminister Herrmann als „wunderbares Inzestprodukt“ zu bezeichnen. Genau dies hatte – ebenfalls in einer Fernsehsendung – der Anwalt David Schneider-Addae getan. Der Deutsch-Ghanaer hatte sich von Herrmanns Ausspruch verletzt gefühlt und sich so laut den urteilenden Richtern das „Recht auf Gegenschlag“ erworben. Wer braucht schon Satire, wenn es solche Realsatire gibt! Schade nur, dass der Steuerzahler dafür herhalten muss.

Roberto Blanco selber fühlte sich übrigens von Herrmanns Äusserung überhaupt nicht beleidigt. „So wie Joachim Herrmann das gesagt hat“, sagte er zu einem Zeitungsjournalisten, „war das nicht böse oder rassistisch gemeint. Er hat gesagt, ich wäre ein wunderbarer Neger. Wenn ich zu Ihnen jetzt sage, Sie sind ein wunderbarer weisser Mann, dann wären Sie auch nicht beleidigt.“ Und mehr noch: Blanco hat sich nach eigenen Aussagen in Deutschland selber nie diskriminiert oder herabgesetzt gefühlt. Auch dann nicht, als ihn das Satire-Magazin „Titanic“ 2003 aufs Cover hob und ihn mit der Schlagzeile „Warum nicht mal ein Neger“ als Bundespräsident vorschlug. „Das ist Satire“, sagte Blanco, „da stehe ich drüber.“

Was sagt und dies über das Wesen der politischen Korrektheit?

Es ist eines der Kennzeichen der politischen Korrektheit, dass hier von der ganz hohen Kanzel gepredigt und von ganz hoher Warte aus geurteilt wird. Es handelt sich sozusagen um anwaltschaftliche Empörung. Auch in Genderfragen. Die gut-besoldete Jus-Professorin beklagt sich lauter über ihre vermeintliche Diskriminierung als Frau, als dies das quasi rechtlose und ausgebeutete philippinische Hausmädchen in Hongkong jemals tun wird.

Die politische Korrektheit zu pflegen und die Verletzung ihrer Gesetze zu geisseln und zu sühnen, ist grundsätzlich ein Privileg einer wohlhabenden, akademischen Elite, die Diskriminierung meistens nicht aus eigener Erfahrung kennt, sondern vielmehr das Gegenteil davon. Und noch etwas: Die Wächter – und Wächterinnen – der politischen Korrektheit weisen praktisch immer einen fast schon zwanghaften, zumindest chronischen Mangel an Humor auf.

Heute darf nicht einmal mehr die Fasnacht unkorrekt sein! Dabei ist sie doch genau zu diesem Zwecke erfunden worden. Einmal im Jahr steht die Welt Kopf, wird der Sklave zum Herrn und umgekehrt. Schon im Mittelalter gab es zwar hie und da Vermummungsverbote, vor allem nach Ausschreitungen und Schlägereien. Aber im Grossen und Ganzen duldete die mittelalterliche Kirche ihre Verspottung durch Fasnacht und nutzte diese sogar als didaktisches Mittel. Denn mit dem gotteslästerlichen Zeugs, mit den Narrengerichten, den Kinderbischofen und den Eselsmessen, war an Aschermittwoch Schluss; der Teufel war an Aschermittwoch besiegt.

Unsere heutigen Sittenwächter sehen das nicht so gelassen. Das ganze Jahr über herrscht der bittere Ernst. Vor einem Jahr berichtete „Die Welt“ von der Plakataktion „Ich bin kein Kostüm“. Mit dieser Aktion wandte sich das Forum gegen Rassismus und Diskriminierung gemeinsam mit dem Antidiskriminierungsverband Deutschland, der Amadeu Antonio Stiftung und dem Verein der Bundestagsfraktion „Die Linke“ gegen rassistische und sexistische Faschnachtskostüme – offensichtlich das grösste Problem zurzeit in Deutschland.

Auch dieses Jahr gab es für diese Leute nichts zu Lachen. „Europäer_innen benutzt(t)en diese Bilder (gemeint sind Kostüme, Anm. der Autorin), um Ausbeutung und Unterdrückung von bestimmten Menschengruppen zu rechtfertigen“, meinen die Initianten, und auch wer sich dieses Jahr als Transmensch kostümierte, stigmatisierte und rechtfertigte Ungerechtigkeit.

Und wenn sich in Deutschland etwas bewegt, sind die Schweizer Nachahmer nicht weit. Die Zuger SP empört sich zurzeit gerade über rassistische und sexistische Fasnachtswagen und hat einen Vorstoss eingereicht, damit mit neuen Gesetzen und Regeln „der Rassismus und Sexismus im öffentlichen Raum“ endlich überwunden werde. Als gebürtige Zürcherin versteht die Schreibende vielleicht nicht viel von den tollen Tagen. Gleichwohl – es gibt wohl nichts Spiessigeres, als eine politisch korrekte Fasnacht.

Doch Spass und Fasnacht beiseite. Die politische Korrektheit ist eine ernste Sache. Sie ist, zurzeit zumindest, eine der grössten Gefahren für die freie Meinungsäusserung und damit auch für die Demokratie. Die Bereitschaft zur vorauseilenden Selbstzensur vieler Politiker und Journalisten ist erschreckend.

Wo politische Korrektheit über die Köpfe herrscht, entsteht eine Welt voller Tabus und eine von Sozialingenieuren hergestellte ideale – und gleichwohl höchst fragile – Wirklichkeit. Tabus bereiten – wie anno dazumal – den Boden für eine üble Denunziationskultur.

Zwar stirbt heute bei uns niemand mehr wegen einer ketzerischen Meinung auf dem Scheiterhaufen. Aber wenn ein Schnupperlehrling seinen Oberstift beim Chef anschwärzt, nur weil dieser verbotenermassen eine Zigarette in der Pause geraucht hat, und wenn der Schnupperlehrling dies auch noch als gute Tat versteht, weil man es ihm in der Schule so beigebracht hat, dann sollte das zu denken geben. Was heute der Raucher ist, war gestern ein ganz anderer und könnte auch morgen wieder ein ganz anderer sein.

Denunziation funktioniert immer nach der gleichen Methode. Was jeweils anders ist, ist der gerade geltende Kanon an Grundwerten. Die Denunziation aber hat stets das gleiche Ziel. Sie will das Denken und Verhalten kollektivieren und alles Andersartige ausgrenzen und bestrafen. Wohin uns diese Maschine führen kann, hat uns die Geschichte mehrfach gelehrt, im Osten wie im Westen, im 15. Jahrhundert genauso wie im 20.

Seine soziale Verbannung erlebte vor einigen Jahren ein Lehrer am Literaturgymnasium Rämibühl. Dabei hatte er nur das getan, was vor ihm schon Tausende seiner Berufskollegen getan hatten – er hatte mit seinen 15jährigen Schülern Frank Wedekinds Frühlingserwachen gelesen. Nach einer Anzeige durch eine Mutter, die dem Lehrer vorwarf, ihre Tochter im Unterricht mit Pornografie zu bedienen, wurde der Lehrer abgeführt und erlebte – bis zu seinem Freispruch vom Vorwurf der Pornografieverbreitung im Unterricht – ein psychisches und soziales Martyrium.

Der Mann verlor nicht nur den Job, sondern auch seinen Status und seine Würde und floh nach Deutschland. Noch Jahre nach seinem Freispruch wurde er vom „Blick“ als „Grüsel-Lehrer“ diffamiert. Dieser Fall fördert nicht nur die eklatante Doppelmoral einer vordergründig „korrekten“ und „gerechten“ Gesellschaft zutage, er zeigt auch, welche Hysterie um die Begriffe „Pornografie“ und „Pädophilie“ in so einem Umfeld gedeihen kann.

Es waren ausgerechnet seine Schülerinnen und Schüler, die vermeintlichen Opfer also, die ein paar Jahre später versuchten, ihren Lehrer zu rehabilitieren und den Schaden, den eine Mutter und eine schlampig ermittelnde Staatsanwältin angerichtet hatten, wiedergutzumachen. Sie führten an ihrer Maturafeier das Stück „Frühlings Erwachen“ auf.

Wir erleben gegenwärtig die Rückkehr der wilhelminischen Sexualmoral, allerdings nur in Teilen. Dass sie nur in Teilen zurückkommt, entblösst nur ein weiteres Mal die ganze Doppelmoral der politischen Korrektheit. Heute müssen auf höchst-richterliches Geheiss aus Strassburg schon Kindergärtler und Primarschüler an explizitem Sexualunterricht teilnehmen. Mit 15jährigen Teenagern kann man aber keinen Klassiker deutscher Jugendliteratur mehr lesen, ohne Gefahr zu laufen, in den Strudel der Metoo-Kampagne gesogen zu werden.

Nichts liegt ferner, als sexuelle Übergriffe schönzureden. Die politische Korrektheit kann jedoch nicht verhindern, dass es Leute gibt, die solches tun. Sie schafft im Gegenteil neue Probleme. Die schreckliche Tat von Emmen, bei der ein unbekannter Täter eine junge Frau derart brutal missbrauchte, dass sie heute querschnittsgelähmt ist, könnte – wer weiss – vielleicht geklärt sein, wenn es erlaubt wäre, DNA-Profile bei Kapitalverbrechen vertieft auszuwerten. Doch das darf man nicht, es könnte als „rassistisch“ ausgelegt werden. Eine entsprechende Gesetzesänderung ist zwar angesichts der grossen Betroffenheit im „Fall Emmen“ auf dem Weg, doch die Datenschützer haben bereits ihren Widerstand angemeldet.

Doch wenden wir uns dem ganz banalen Alltag zu, auch er ist von der politischen Korrektheit regiert. Schönsprech ist ein wichtiges Instrument dieser Glaubenslehre und ihrer Apostel. Doch was bringt's ausser Verschleierung? Wer aus dem „Krüppel“ zuerst einen „Invaliden“, dann einen „Behinderten“, dann einen „Menschen mit Behinderung“ und schliesslich einen „Menschen mit besonderen Bedürfnissen“ machen, darf sich zwar selber bei den Guten wähen, hat damit aber keine einzige Schwelle, keinen Randstein und keine Stufe beseitigt. Was den Rollstuhlfahrern indes wirklich etwas gebracht hat, war die Erfindung des Rollkoffers. Er hat die Bahnhöfe sozusagen über Nacht hindernisfrei gemacht und das ist das einzige, das zählt.

Wie ein Dämon beherrscht die Korrektheit auch unseren Lebensstil und verändert dadurch das gesellschaftliche Zusammenleben. Wer heute nicht mindestens zwei Liter Wasser pro Tag trinkt, bekommt ein schlechtes Gewissen, obwohl es dazu gar keine medizinische Empfehlung gibt. Ein Glas Wein zum Businesslunch wiederum bringt den seriösesten Geschäftsmann in Verruf, eine Runde Joggen in der Mittagspause hingegen entspricht genau dem neopuritanischen Gesellschaftsideal unserer Zeit.

Dass es ein aggressiver imperialistischer Akt oder zumindest eine schwere ökologische Schweinerei ist, eine Banane zu essen, lernt heute jeder Kindergärtler. Kein Übergewicht zu haben ist eine Bürgerpflicht. Die Verschwendung von Lebensmitteln – zu Neudeutsch: Food-Waste – ist ein Übel des Kapitalismus.

Wenn jedoch eine Luzerner Hotelière im Frühstücksraum ihres Hotels ihre chinesischen Gäste mit einem Schildchen auf Chinesisch bittet, nur so viel vom Buffet zu nehmen, wie man auch wirklich zu essen plant, handelt sie rassistisch und es entlädt sich ein Sturm der Entrüstung über sie. Diese Episode war nicht nur hier, sondern auch in den chinesischen Medien ein Thema. Interessanterweise wurde dort die Aktion der Hotelière jedoch einstimmig begrüsst und von chinesischen Hotels sogar nachgeahmt.

Wer inklusiven Unterricht nicht gut findet und angesichts der stets wachsenden Staatsausgaben die Meinung nicht teilt, dass die Bildung in unserem Land kaputtgespart wird, gilt als reaktionärer Menschenfeind. Wer Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren sagt, ist mindestens „rechts“ und „verbissen“. Wer den gemeinnützigen Wohnbau kritisiert, weil er gar nicht denen zugutekommt, für die er eigentlich gedacht wäre, schürt eine Neiddiskussion und ist demagogisch. Wer – vor allem als Frau – der offiziellen Lesart zur Lohndiskriminierung nicht folgen will und der obersten Gleichstellungshüterin im Lande zu ihrem Lohnrechner kritische Fragen stellt, ist polemisch, eine Verräterin der guten Sache und bekommt keine Antworten.

Wer sich nicht bedingungslos der Meinung anschliesst, dass regional produzierte Agrarprodukte besser sind als importierte und wer nicht in das Loblied auf die angebliche Nachhaltigkeit unserer Landwirtschaft einstimmt, ist ein Nestbeschmutzer und ein „Spin-Doctor“. Wer skeptisch ist, ob die Klimaerwärmung tatsächlich menschengemacht ist, was in einer freien Gesellschaft erlaubt sein muss, ist eben nicht ein Skeptiker, sondern ein „Leugner“, also einer, der die Unwahrheit spricht und mit dem man am besten gar nicht redet, schon gar nicht sachlich.

Für einen bürgerlichen Neo-Bundesrat ist es pfui, Mitglied der Schweizer Waffenlobby sein, aber die ungezählten Pilgerreisen zu den kommunistischen Diktatoren dieser Welt kann linken Spitzenparlamentariern und Parteifunktionären nicht das Geringste anhaben. Denn dort geht es ja um die gute Sache. In Nordkorea gebe es „eine beneidenswert hohe Zahl von Frauen in Kaderpositionen“, schwärmte die SP-Frau Ruth-Gaby Vermot, als sie 2006 aus dem Reich des „Geliebten Führers“ zurückgekehrte, wo sie zusammen mit Doris Stump (SP), Rosemarie Zapfl (CVP) und Pia Hollenstein (Grüne) zur Sommerfrische weilte. Über das Atomwaffenprogramm hat man nicht gesprochen, aber dafür umso mehr über Krippenplätze.

Die politische Korrektheit hat uns in ein neues Zeitalter der Empfindsamkeit katapultiert. Mit jeder unbedachten Aussage, die nicht zu 100 Prozent der Mehrheitserwartung entspricht, fühlt sich einer oder eine verletzt. Und dann muss Abbitte geleistet werden. Ein Mann darf heute eine Frau nicht mehr bewundern, schon die Andeutung einer potenziellen Bewunderung kann zum Verhängnis werden. Das Gedicht „Avenidas“ des bolivianisch-schweizerischen Lyrikers Eugen Gomringer, welches die Fassade einer deutschen Hochschule zierte, muss entfernt werden, weil es sexistisch sei und Frauen verletze. Dabei besteht es nur aus vier Substantiven: Alleen, Blumen, Frauen und Bewunderer.

Es gibt so viele Tretminen auf dem Feld der politischen Korrektheit, dass wir ohne obrigkeitliche Anleitung kaum mehr den richtigen Weg durchs Leben finden. Deshalb wird jetzt auch den Parlamentariern im Bundeshaus erklärt, was sexuelle Belästigung und was ein Flirt ist, und es gibt nun unter der Bundeskuppel auf Kosten des Steuerzahlers auch eine Anlaufstelle für parlamentarische Opfer sexueller Gewalt. Hier kann man vermeintliche Übeltäter jederzeit anonym anzeigen, ein veritabler Aufruf zur Denunziation. Damit ritzt die politische Korrektheit am Grundsatz der Unschuldsvermutung und bedroht eine der wichtigsten Institutionen des demokratischen Rechtsstaats.

Weitere Beispiele modernen Tugendterrors gäbe es noch Hunderte, ja, Tausende. Doch was für Schlüsse können wir aus dieser Bestandaufnahme ziehen?

Politik gepaart mit Hypermoral und der Angst, jemanden zu verletzen, mag den meisten Menschen irgendwann zum Hals raushängen. Wo Sprech- und Denkverbote herrschen, gärt es unter der Oberfläche. In einer Demokratie ist es legitim, solches Unbehagen politisch zu bewirtschaften, auch wenn dies vom Establishment als „populistisch“ beschimpft und abqualifiziert wird. Dass sich ein aufgestauter Frust in einer Demokratie dann trotzdem an der Urne entlädt, ist wiederum legitim und sagt weniger über die „populistische“ Veranlagung einer Bevölkerung aus als über die Selbstgefälligkeit und Unverbesserlichkeit einer anmassenden und übermoralisierenden politischen Elite.

Fast überall ist die Sozialdemokratie zurzeit in einer Krise – ausser vielleicht in der Stadt Zürich. Hier darf ein sozialdemokratisches Mitglied der Stadtregierung sogar völlig unwidersprochen zu Protokoll geben, dass ihm das Parlament eigentlich lästig ist und er gerne für sich mehr Kompetenzen hätte. Warum soll man immer erst das Parlament fragen müssen?

Der politisch korrekte „starke Staat“ ist nicht stark. Er ist im Gegenteil ein Getriebener. Es fällt ihm zwar leicht, 500'000 brave Hundehalter kollektiv abzustrafen und Bussen für den ruhenden Verkehr auszustellen. Aber gleichzeitig lässt er sich von jedem jugendlichen Handschlag- oder Weihnachtsliedverweigerer trefflich international vorführen.

Widerspruch gegen Hypermoral und Gedankendiktat ist ein Gebot unserer Zeit – nicht nur bei Wahlen und Abstimmungen, sondern auch im Alltag. Es geht letztlich um nichts weniger als unsere Freiheit und Kultur. Es sei deshalb zum Schluss das berühmte Zitat des evangelischen Theologen Martin Niemöller ans Herz gelegt – in einer von der „Titanic“-Redaktion leicht modernisierten Version:

„Als sie die Zigarettenreklame untersagten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Raucher.

Als sie die Alkoholwerbung unter Strafe stellten, habe ich nicht protestiert, ich war ja kein Alkoholiker.

Als ich an der Reihe war, war keiner mehr da, der protestieren konnte.“

Claudia Wirz

